



Durchwahl: 0511 3030-2152  
Mein Zeichen: II/71 - 0103 - 00/7  
(Kurzbericht-02-Wo-Go)

17. Januar 2019

## KURZBERICHT

### über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 7. bis 11. Januar 2019

#### Montag, 7. Januar 2019

#### 1 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (29. Sitzung)

##### Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung  
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1994](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V.
- Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR
- Landvolk Niedersachsen - Landesbauernverband e. V.
- vero - Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e. V.

2. [Atomrisiken nicht weiter exportieren: Brennelementefabrik in Lingen stilllegen!  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/980](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über den aktuellen bundespolitischen Stand zu diesem Thema. Im Anschluss daran soll über eine Anhörung entschieden werden.

3. **[Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum \(NZwEWG\)](#)**

[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2448](#)

Die Koalitionsfraktionen stellten die Grundzüge des Gesetzentwurfs vor. Der Ausschuss kam überein, am 4. März 2019 eine Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen nach dem Schlüssel 3/3/1/1/1 bis zum 16. Januar 2019 gegenüber der Landtagsverwaltung benannt werden.

4. **[Unsere Meere und Gewässer schützen: Stoppt die Plastikflut!](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2425](#)

Die Fraktion der Grünen stellte die Grundzüge des Antrags vor. Der Ausschuss kam überein, den Antrag zusammen mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen in Drs. 18/2035 (Wegwerfprodukte aus Plastik reduzieren - Land und Meer schützen) zu behandeln. Der dazu für den 11. Februar 2019 vorgesehenen Anhörung soll auch der Antrag der Fraktion der Grünen zugrunde gelegt werden.

5. **Aktenvorlagebegehren nach Art. 24 Abs. 2 Niedersächsische Verfassung**

Der Ausschuss kam überein, die Akten betreffend den Chemiebetrieb in Ritterhude und das Unglück am 9. September 2014 zurückzugeben.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand des Projekts HErmEliN (Hotspot-Ermittlung und Emissionskataster legebbezogen in Niedersachsen)**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**Außerhalb der Tagesordnung** bat der Ausschuss die Landesregierung, ihn nach Möglichkeit Anfang Februar 2019 über die Havarie der MSC Zoe Anfang Januar 2019 und die hiervon ausgehenden Belastungen zu unterrichten.

## Mittwoch, 9. Januar 2019

### 2 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen (22. Sitzung)

#### Beratungsthemen:

1. **[Arbeit der Anlaufstellen für Straffälligenhilfe angemessen unterstützen!](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1846](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antrag entgegen und setzte die Antragsberatung fort. Er bat die Landesregierung, ihn in einer Sitzung im März 2019 erneut über die finanzielle Situation der Anlaufstellen für Straffälligenhilfe zu unterrichten.

2. **Schöffenamts stärken - Kommunen unterstützen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1359

Ein Vertreter der Fraktion der SPD teilte mit, dass die Koalitionsfraktionen beabsichtigten, einen Änderungsvorschlag vorzulegen. Der - federführende - Ausschuss stellte die Antragsberatung daraufhin zurück.

3. **Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen, Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1394

Der Ausschuss bat den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sowie den Unterausschuss „Verbraucherschutz“ um Stellungnahme zu den sie betreffenden Gesichtspunkten des Antrages. Vorbehaltlich entgegenstehender Stellungnahmen schloss er die Antragsberatung ab und empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung: SPD, CDU, AfD*

*Ablehnung: GRÜNE*

*Enthaltung: FDP*

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu den juristischen Aspekten und eingeleiteten Verfahren in Bezug auf die presseöffentlich gewordenen Misshandlungen von Tieren in Schlachthöfen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, ihn über den Fortgang der Dinge auf dem Laufenden zu halten.

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu den juristischen Aspekten des laufenden Strafverfahrens gegen Niels Högel**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**Außerhalb der Tagesordnung** bat der Ausschuss um eine mündliche Unterrichtung über einen Waffenfund in einer Außenstelle des Justizministeriums.

### **3 Ausschuss für Haushalt und Finanzen** (41. Sitzung)

#### **Beratungsthemen:**

1. **Digitalisierung in der Landwirtschaft fördern - kostenfreien Zugang zu präzisen Korrekturdiensten ermöglichen**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1851

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Antrag unverändert anzunehmen.

*Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: GRÜNE*

2. [Land muss seiner Verantwortung gegenüber Landesbeamten gerecht werden!](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2024](#)

Der Ausschuss begann mit der Mitberatung. Er kam überein, sie in einer der für Mitte Februar 2019 terminierten Sitzungen fortzusetzen und zunächst die Veröffentlichung der Begründung des in dem Antrag in Bezug genommenen Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts abzuwarten.

3. [Beteiligungsmanagement von Landesbeteiligungen professionalisieren, entpolitisieren und demokratisieren](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2025](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung: SPD, CDU*

*Ablehnung: FDP, AfD*

*Enthaltung: GRÜNE*

4. **Vorlagen**

Vorlage 65 (LRH) - **Abschließende Prüfungsmitteilung des LRH zur operativen Geschäftstätigkeit der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz - Teil 2 -**

Der Ausschuss setzte den Punkt von der Tagesordnung ab. Er kam überein, die Beratung in einer für März 2019 terminierten Sitzungen aufzunehmen und zunächst die Stellungnahme des MWK einschließlich der Bewertung dieser Stellungnahme durch den LRH abzuwarten.

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die geplante Strukturreform der Finanzverwaltung**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

- 4 **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
(22. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. [Nährstoffkreisläufe verbessern - Pflanzen bedarfsgerecht ernähren - Wasserqualität sichern](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2026](#)

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um Unterrichtung zum Grundwassermessstellennetz.

2. [\*\*100 Millionen Euro Soforthilfe für die niedersächsischen Landwirte\*\*](#)  
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1406](#)

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung über die Situation bezüglich der Wasserentnahmerechte in der Hauptberegnungsregion Lüneburger Heide nach dem Dürrejahr 2018

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. [\*\*Regionale und direkte Vermarktung unterstützen und fördern\*\*](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1403](#)

Der Ausschuss setzte den Antrag von der Tagesordnung ab.

4. [\*\*Fokus Klima: Landwirtschaft nach Dürre und Hitzewelle nachhaltig neu ausrichten!\*\*](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1398](#)

Der Ausschuss kam überein, eine Anhörung zu dem Antrag der Fraktion der Grünen durchzuführen.

Er bat die Fraktionen, einen Fragenkatalog für die Anhörung zusammenzutragen. Ferner bat er die Sprecher der Fraktionen, am Rande des kommenden Plenarsitzungsabschnittes die Einzelheiten für die in Aussicht genommene Anhörung zu besprechen.

5. [\*\*Der nächsten Milchkrise wirksam begegnen\*\*](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1068](#)

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Seitens der Koalitionsfraktionen wurde ein Änderungsantrag bzw. Änderungsvorschlag zu dem Antrag der Fraktion der Grünen angekündigt. Der Ausschuss stellte daraufhin die weitere Beratung des Antrages zurück.

Er bat darum, ihm die Systemanalyse Milch vorzustellen.

6. [\*\*Berufsfischerei erhalten - Gewässerlebensräume schützen\*\*](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1073](#)

*Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU unverändert anzunehmen.*

*Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: GRÜNE*

7. [\*\*Unsere Gewässer vor multiresistenten Keimen schützen!\*\*](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/644](#)

Der Ausschuss verständigte sich darauf, dem federführenden Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz anstelle einer Stellungnahme die Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Aussaat mit gentechnisch verunreinigten Saatgut auf Flächen in Niedersachsen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5 **Petitionsausschuss**

(14. - nicht öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte 37 Eingaben in **nicht öffentlicher Sitzung**.

Weiterhin behandelte der Ausschuss zwei Eingaben in **vertraulicher Sitzung**.

2. **Öffentliche Petitionen**

Der Ausschuss besprach sechs Eingaben, bei denen die Petenten eine Veröffentlichung erbeten hatten.

3. **Beratung über das weitere Verfahren**

- abgeschlossene Eingabe 01685/11/17

Der Ausschuss besprach das weitere Verfahren im Zusammenhang mit der oben genannten Eingabe.

4. **Terminabsprachen**

Der Ausschuss kam überein, die für den 30. Januar 2019 und den 13. März 2019 geplanten Sitzungstermine nicht wahrzunehmen.

**Donnerstag, 10. Januar 2019**

6 **Ausschuss für Inneres und Sport**

(40. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **[Ehrenamt stärken - Datenschutz-Grundverordnung für Vereine handhabbar machen!](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1536](#)**

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Landesbeauftragte für den Datenschutz
- Landessportbund Niedersachsen e. V.
- LAGFA Niedersachsen e. V.
- Niedersächsischer Chorverband e. V.
- TSV Neustadt am Rübenberge von 1862 e. V.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Veröffentlichung von Listen zu persönlichen Daten von u. a. Bundes-, Landes- und Europapolitikern**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, die Unterrichtung fortzusetzen, sobald weitere Erkenntnisse vorliegen.

3. **Beschlussfassung über einen Antrag auf ergänzende Unterrichtung durch die Landesregierung zu Identitätsfeststellungen nach § 13 Abs. 1 Nds. SOG und Personenkontrollen und -durchsuchungen gemäß § 22 Nds. SOG**

Der Ausschuss folgte dem Antrag einstimmig.

4. **[Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen!](#)**

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1855](#)

(abgesetzt)

5. **[Zulassung von Naloxon für den Polizeidienst](#)**

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2340](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD, die Landesregierung um eine Unterrichtung in schriftlicher Form zu dem Antrag zu bitten.

**Außerhalb der Tagesordnung:**

**[Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und zum Schutz der digitalen Verwaltung in Niedersachsen und zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes](#)**  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598](#)

Der Ausschuss hatte in seiner 30. Sitzung am 20. September 2018 beschlossen, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Er einigte sich nun darauf, die Anhörung für den 21. Februar 2019 vorzusehen.

**7 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**  
(31. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung Zukunft der Altenpflegeausbildung“](#)**

[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1993](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Er empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

Die Beschlussempfehlung erging unter dem Vorbehalt der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen.

Als Berichterstatterin wurde die Abg. **Hanna Naber** (SPD) benannt.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2461

Der Ausschuss nahm die Einbringung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Im Anschluss kam er überein, zu dem Gesetzentwurf in der Sitzung am 14. Februar 2019 eine mündliche Anhörung durchzuführen.

3. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Ergebnissen der Untersuchung „Häufigkeit von Krebsneuerkrankungen in der Samtgemeinde Bothel“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache

4. **Zukunft der Geburtshilfe in Niedersachsen sichern**  
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1065

**dazu:** Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse des Runden Tisches am 19. Dezember 2018

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen und dabei insbesondere zur Neuregelung der Zuständigkeiten in der Eingliederungshilfe**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung über therapeutische Leistungen der Erzieherinnen und Erzieher in integrativen Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Patientensicherheitsoffensive des Aktionsbündnisses Patientensicherheit und des Verbandes der Ersatzkassen**

Der Ausschuss setzte diesen Punkt von der Tagesordnung ab und kam überein, diese Unterrichtung in der Sitzung am 17. Januar 2019 entgegenzunehmen.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Niedersächsischen Suchtkonferenz vom 26. November 2018**

Der Ausschuss setzte diesen Punkt von der Tagesordnung ab und kam überein, diese Unterrichtung in der Sitzung am 17. Januar 2019 entgegenzunehmen.

9. **Aktenvorlagebegehren nach Art. 24 Abs. 2 Niedersächsische Verfassung**

**hier:** Rückgabe von Akten betreffend den Chemiebetrieb in Ritterhude und das Unglück am 9. September 2014

Der Ausschuss kam überein, die Akten betreffend den Chemiebetrieb in Ritterhude und das Unglück am 9. September 2014 zurückzugeben.



10. **Beschlussfassung betreffend eine Unterrichtung durch die Landesregierung und die Präsidentin der Pflegekammer zur aktuellen Situation der Pflegekammer und dem Verfahren zur Beitragserhebung für das Jahr 2018**

Der Ausschuss kam überein, diese Unterrichtung auf die Tagesordnung für die Sitzung am 17. Januar 2019 zu setzen.

**8 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung**  
(21. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. [Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2227](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er sprach sich dafür aus, vor einer abschließenden Beratung des Gesetzentwurfs zunächst die weiteren Entwicklungen im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie auf EU-Ebene abzuwarten.

2. [Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1404](#)

Der Antrag wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

3. [Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Königreich der Niederlande weiter verbessern](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/851](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung über den aktuellen Stand der Kooperation zwischen dem Königreich der Niederlande und Niedersachsen unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Sodann setzte der Ausschuss die Beratung des Antrags fort. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsvorschlags an. Der Ausschuss kam überein, die Beratung nach Möglichkeit in der für den 7. Februar 2019 vorgesehenen Sitzung abzuschließen.

In diesem Zusammenhang bat der Ausschuss die Landesregierung um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand zum Wiederaufbau der Friesenbrücke.

4. [Europa - Chancen für alle! Europäische Austauschprogramme für die gesamte junge Generation zugänglich machen - Niedersachsen in Europa weiter stärken](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1402](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Dabei kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsvorschlags an. In diesem Zusammenhang bat der Ausschuss die Landesregierung, ihn über den zeitlichen Rahmen der weiteren Bearbeitung der Zugangsstudie der Robert Bosch Stiftung sowie gegebenenfalls über deren zentrale Inhalte zu unterrichten. Ferner sah der Ausschuss vor, den Antrag in seiner für den 7. März 2019 vorgesehenen Sitzung abschließend zu beraten.

5. **EU-Angelegenheiten**

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn schriftlich über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1305/2013 und (EU) Nr. 1307/2013 in Bezug auf bestimmte Vorschriften über Direktzahlungen und die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums für die Jahre 2019 und 2020 (Bundesratsdrucksache 632/18) zu unterrichten.

6. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss sah von einer Teilnahme an der Konferenz am 7. Februar 2018 in Wineschoten ab, in deren Rahmen die Verträge zur Realisierung der Wunderline unterzeichnet werden sollen. Er war damit einverstanden, dass eine Delegation, nach Möglichkeit aus einem Mitglied jeder Fraktion bestehend, an der Vertragsunterzeichnung teilnimmt. Er bat die Landtagsverwaltung, bei der Präsidentin die dafür erforderlichen Genehmigungen einzuholen.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, die nächste Brüssel-Reise für das Frühjahr 2020 vorzusehen.

Er setzte die Vorbereitung der für September 2019 vorgesehenen Britannien-Reise fort. Er kam überein, auf die für den 21. Februar 2019 vorgesehene Sitzung zu verzichten.

## **Freitag, 11. Januar 2019**

**9 Kultusausschuss**  
(22. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung zum aktuellen Planungsstand des Gedenk- und Lernortes Bückeberg durch den neuen Geschäftsführer der Dokumentations- und Lernort Bückeberg gGmbH, Herrn Alexander Remmel**

Der Ausschuss billigte den Antrag einstimmig. Als Termin für die Unterrichtung wurde der 1. Februar 2019 in Aussicht genommen.

2. **Mobbing an Schulen bekämpfen - Anregungen zu gesamtgesellschaftlichem Handeln**  
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1522

Der Ausschuss nahm die Beratung auf. Er kam überein, die Landesregierung um eine Unterrichtung über die vonseiten des MK vorgesehenen und die bereits laufenden Maßnahmen gegen Mobbing an Schulen zu bitten. Er bat darum, dass bei der Unterrichtung auch ein Vertreter der Anlaufstelle des MK gegen Mobbing zugegen ist.

3. **Zulage auch für pädagogische Fachkräfte in therapeutischer Funktion**  
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1029

Der Ausschuss setzte die Beratung fort, nahm eine Unterrichtung vonseiten der Landesregierung entgegen und bat um die Nachreichung ergänzender Informationen. Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion wurde die weitere Beratung des Antrages auf Wunsch der Koalitionsfraktionen verschoben, um diesen die Möglichkeit zu geben, einen Änderungsvorschlag zu erarbeiten.

4. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/169](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung durch die - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

Von einer Berichterstattung sah der Ausschuss ab.

5. [Erzieherinnen- und Erzieherberuf attraktiver machen - Erzieherinnen- und Erzieherausbildung weiterentwickeln und nicht abwerten](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/46](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch. Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: AfD

6. [Kita-Qualität weiterentwickeln - Kita-Qualitätsgesetz in die Tat umsetzen](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/157](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch. Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP,

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: AfD

7. [Kita-Fachkräftemangel bekämpfen - Schulgeldfreiheit und Ausbildungsvergütung für angehende Sozialpädagogische Assistenten und Erzieher](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/638](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch. Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

8. **Frühkindliche Bildung voranbringen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1069

Der Ausschuss führte die Beratung durch. Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: AfD

9. **Weiterer Umgang mit einem Aktenbegehren nach Artikel 24 Abs. 2 Niedersächsischer Verfassung**

**hier:** Vorlage der Akten des Kultusministeriums zum gesamten Vorgang „Verständigung zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden auf Eckpunkte zur Kompensation der entfallenden Kita-Beiträge“ unter Einbeziehung der Akten der Staatskanzlei und der beiden Pressestellen

Der Ausschuss kam einstimmig überein, die Akteneinsicht zu beenden und die Akten an die Landesregierung zurückzusenden.

10 **Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung**  
(25. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **Unterrichtung zum „Aus der CeBIT“ und dessen Folgen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „VW meldet erneut Auffälligkeiten bei Abgassoftware“ und deren Folgen**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

3. **Schnelles Netz für alle: 5G-Versteigerung muss sinnvolle Parameter setzen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2141

Der Ausschuss erörterte Grundzüge des Antrags und klärte Verfahrensfragen.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss er mit deren Stimmen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, sich in einer der nächsten Sitzungen durch die Landesregierung, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung und nach Möglichkeit durch den Herrn Umweltminister Lies, weil dieser dem Beirat der Bundesnetzagentur angehört, über den Stand des Verfahrens zur Versteigerung der 5G-Lizenzen unterrichten zu lassen.

4. **Fahrverbote für Diesel-Pkw in Zeiten deutlich sinkender Stickoxidemissionen sind unverhältnismäßig und müssen verhindert werden!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1843

- a) **hier:** Antrag der Fraktion der FDP auf Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 NV zum Auswahl- und Aufstellungsverfahren, zu den regelmäßigen Kontroll- und Zertifizierungsverfahren aller verkehrsnahen Messstationen in Niedersachsen sowie zur Abstimmung der Luftreinhaltepläne der betroffenen Kommunen
- b) **hier:** Antrag der AfD auf ergänzende Unterrichtung bezüglich der bereits stattgefundenen Unterrichtung in der Sitzung am 30. November 2018

Zu a:

Der Ausschuss beschloss gemäß Artikel 24 Abs. 2 NV zu dem Antrag der Fraktion der FDP, dass die Landesregierung dem Ausschuss zu den Nrn. 1 bis 3 des Fragenkatalogs zunächst eine Übersicht über die dazu bei der Landesregierung vorhandenen Akten und bezüglich der Nrn. 4 und 5 des Fragenkatalogs alle bei der Landesregierung vorhandenen Akten, sonstigen Schriftstücke und elektronischen Dokumente zu Presseanfragen und deren Beantwortung bezüglich der Messstationen in den Städten Hannover, Oldenburg und Osnabrück sowie zu den dort aufgeführten Drucksachen aus der 18. Wahlperiode vorlegt.

Zu b:

Außerdem beschloss er zu dem Antrag der AfD, eine ergänzende Unterrichtung zu der am 30. November 2018 bereits stattgefundenen Unterrichtung entgegenzunehmen.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: -*

5. a) **Die uneingeschränkte Gebührenfreistellung bei allen Aufstiegsfortbildungen des dualen Systems einführen!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/30

b) **Dauerhaft Mittel für „Meisterprämien“ in den Landeshaushalt einstellen!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1625

Der Ausschuss hatte sich zu Beginn der Sitzung darauf verständigt, diese beiden Anträge, die er schon einmal in einer vorausgegangenen Sitzung behandelt hatte, zusammen zu beraten. Hierzu lag ihm ein Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen vom 9. Januar 2019 vor. Der Ausschuss empfahl dem Landtag, die Anträge in der Fassung des Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen (vgl. Vorlage 1 zu Drs. 18/30 und 18/1625) anzunehmen.

*Zustimmung: SPD, CDU, AfD*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: GRÜNE, FDP*

6. **Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge rückgängig machen - Liquidität des Handwerks sichern und Bürokratie abbauen!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/24

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Hierzu lag ihm ein Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen vom 9. Januar 2019 vor.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen (vgl. Vorlage 1 zu Drs. 18/24) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* GRÜNE, FDP

## **7. Besprechung von Terminangelegenheiten**

**hier:** Planung einer parlamentarischen Informationsreise

Der Ausschuss beschloss bei Stimmenthaltung seitens der AfD-Fraktion, in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 eine parlamentarische Informationsreise nach Spanien durchzuführen.

Er vereinbarte in Reaktion auf den Beschluss der Deutschen Messe AG, die Ausrichtung der CeBIT einzustellen, den für den Besuch dieser Messe vorgesehenen Sitzungstermin am 26. Juni 2019 ersatzlos zu streichen.

Im Auftrage

Wiesehahn